Internationale Konferenz – „Auf der Straße und vor Gericht – Recht und Religion gegen atomare Risiken“ - Ev. Akademie Arnoldshain – 9.- 11. März 2016

Dr. Werner Neumann, Dipl. Physiker, Altenstadt (Hessen), werner.neumann@bund.net

Ehem. Leiter der kommunalen Energieagentur der Stadt Frankfurt am Main
Sprecher des Arbeitskreis Energie des BUND e.V.
Mitglied in der BUND Atom- und Strahlenschutzkommission des BUND e.V.

Die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland - Widerstand, Energiewende und Atommüll

Wenn man den Titel dieses 20minütigen Vortrags sieht, fragt man sich, wie eine solche Darstellung möglich sein soll. Ein vollständiger Überblick über mehr als 40 Jahre Anti-AKW-Bewegung und mehr als 60 Jahre Anti-Atom-Bewegung in Deutschland ist nicht möglich und wurde schon durch andere Autoren beschrieben[1].

Mir geht es darum, wesentliche Wurzeln aufzuzeigen, aus denen die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland entstanden ist und auch heute noch besteht. Denn nur aus solchen Selbstreflexionen kann man ermitteln, was die Erfolgsfaktoren waren und für die Zukunft sein können. Und auch wenn man historisch Situationen weder kopieren noch nachkonstruieren kann, können die Erfahrungen in Deutschland wertvoll für die Bewegungen für den Atom-Ausstieg bzw. die Verhinderung des Einstiegs in anderen Ländern sein.

Ursprünge in bürgerlichen Kreisen mit braunen Flecken

Die Ursprünge der Anti-AKW-Bewegung gehen schon auf die Anti-Atom-Bewegung zurück, die international in den 1950er Jahren gegen Atomwaffentests und in Deutschland gegen die „Wiederbewaffnung“, den NATO-Beitritt und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr (1958) aufgetreten sind. Die Erklärung der 18 Göttinger Atomwissenschaftler gegen den Einsatz von Atomwaffen vom 12.4.1957, die von SPD, Gewerkschaften und Kirchen getragene Bewegung „Kampf dem Atomtod“ und die ab 1960 aufkommende Ostermarschbewegung haben sich vor allem auf den Kampf gegen die Atomwaffen konzentriert. Einigen Vertretern dieser Bewegung erschien die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie sogar als Hilfe und Mittel, um im Gegenzug die Atomwaffen zu ächten.

Anlässe zu Protesten gegen Atomkraftwerke entstanden mit den ersten Projekten wie dem AKW Würgassen ab dem Jahr 1968. Die Proteste gegen die AKWs waren zu dieser Zeit zunächst vor allem von konservativen bzw. politisch rechts stehenden Kräften getragen, die die Atomkraft „zum Schutz des Lebens“ ablehnten. Dieses Ziel war bei einigen wesentlichen

[1] z.B. Joachim Radkau – Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung
https://www.bpb.de/apuz/59680/eine-kurze-geschichte-der-deutschen-antiatomkraftbewegung

Tresantis (Hg.) Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven, Verlag Assoziation, Berlin, Hamburg 2015

Trägern dieser Bewegung aber mit einem Weltbild zum „Schutz und Erhalt des Volkes“ verbunden, bei dem klare nationalsozialistische und rechtsradikale Denkweisen weiterwirkten. Der erste Präsident des „Weltbund zum Schutz des Lebens“ war früherer Nazi und Chef einer NS-Euthanasieanstalt. Die Befürchtung war, die atomaren Strahlen könnten das Erbgut des deutschen Volkes schädigen, erfolgte mit nationalem Blickwinkel. Der WSL protestierte gegen die AKW Planungen in Würgassen, Grohnde, den Schnellen Brüter in Kalkar und Whyl und führte erste Grundlagenprozesse. Zu erwähnen ist der Physiker Prof. Dr. Karl Bechert, Mitglied im Bundestag für die SPD, sowie Mitglied beim WSL, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Er wird auch als „Vater der Anti-AKW-Bewegung“ bezeichnet. Sicherlich einer der wichtigen Väter und Mütter.

Von der Studentenbewegung zur Anti-AKW-Bewegung

Seit Mitte der 1960er Jahre mit Schwerpunkt um das berühmte Jahr 1968 hatte sich die Studenten- bzw. Alternativbewegung ausgehend von Protesten gegen Studienbedingungen etabliert, gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze und überhaupt herrschende reaktionäre Strukturen in Politik und Wissenschaft. In Bezug auf die Atomkraftwerke war die Haltung sehr vielfältig und widersprüchlich. Einige Vorläufer der Alternativ-Bewegung, Spontis genannt, da sie straff organisierte Aktionen ablehnten, lehnten Atomkraft ab. Bei Vielen war das Thema Atomkraft noch nicht präsent. Bei linken, sozialistischen und kommunistischen Gruppen sah man keine Gefahren in russischen und chinesischen Atomkraftwerken, prangerte jedoch die AKW-Pläne in Deutschland gegen die Industrie und als Mittel imperialistischer Politik an.

Am 18. Februar 1975 erfolgte die Bauplatzbesetzung des geplanten AKW in Wyhl am Oberrhein. Die sich dort entwickelnde Bewegung verband die verschiedensten Bevölkerungskreise und Motive, warum AKWs abgelehnt wurden. Es waren Bauern und Winzer, die weiter sauberen Wein erzeugen wollten, Bürger aus den Städten empfanden die AKW Planungen als undemokratisch, für Studenten und linke Gruppen waren die AKWs Ausgeburt von Kapitalismus, Profitmacherei und Staatsmacht und andere befürchteten den genetischen Schaden am Deutschen Volke.

Entwicklung einer vielfältigen Bewegung mit dem AKW-Ausbauprogramm

Zentrale Ereignisse in der Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung waren die Protestaktionen in Brokdorf 1976 /1977und Grohnde 1977. Schon in Wyhl waren 28.000 friedliche Atomkraftgegner vom besetzten Bauplatz durch harten Einsatz der Polizei abgeräumt worden. In Brokdorf und Grohnde standen die Kämpfe zur Besetzung der Bauplätze, gegen die Polizei, die mit Hundertschaften, Wasserwerfern, Stacheldraht und Reizgas die tausende von Demonstranten über die Wiesen jagten, im Vordergrund. Aber es waren auch viele dabei, die auf friedlichen Protest setzen, typisch sind die Fotos mit älteren Damen und Herren und den mit dicken Jacken und Schutzhelm ausgestatteten Anti-AKW-Kämpfern[2] -

[2] In der Powerpoint-Präsentation werden Fotos von Günter Zint gezeigt, der das größte Archiv von Fotos der Anti-AKW-Bewegung hat. www.panfoto.de. Ihm gilt Dank für die Genehmigung zur Nutzung der Fotos.

Hand in Hand! Der Kampf gegen die Atomkraftwerke war zum Fokus für eine Vielfalt von Menschen mit sehr unterschiedlichen Motiven geworden und eine neue Gemeinschaft.

Die Gemeinsamkeit ergab sich aus der Ablehnung einer in den 1970er Jahren erstarkenden Politik in Deutschland, wieder zu einer führenden Industriemacht zu werden. Dies war verbunden mit Technologie, Wachstum, einer immensen Industrialisierung, die zugleich auf die Kosten von Umwelt, Natur und Gesundheit, heutiger und kommender Generationen ging. Zu den dunklen Wolken über den Städten, den stinkenden und schäumenden Flüssen und Giftdeponien kam nun die unbeherrschbare Atomkraft hinzu. Und es war verbunden mit einer Beschränkung demokratischer Rechte, mit Überwachungsstaat, Volkszählungen und Abhörung (darunter 1975 die Affäre um den damaligen Atommanager Klaus Traube, und späteren Antiatomspezialist). Zusammengefasst – es ging nicht nur um die Atomkraftwerke, es ging um den Kampf gegen den „Atomstaat“[3]. Es war klar, dass diese Technologie so viele Risiken birgt, dass diese nur durch einen übermächtigen Staat organisiert werden können.

Daher auch die Breite der Bewegung. Und abgesehen von zahlreichen internen Streitigkeiten innerhalb der Bewegung, der sie tragenden Organisationen oder den „nicht“-Organisierten – den militanten Kämpfern und der Friedensbewegung, es waren die Geburtsstunden in den Jahren 1976/1977, einer Anti-AKW-Bewegung, deren Stärke weiterhin in ihrer Vielfalt liegt.

Die Staatsmacht hingegen trug durch martialische und brutale Polizeieinsätze ihrerseits dazu bei, dass die Empörung und die Einsicht wuchsen, dass diese Technik nur falsch sein kann, wenn es dieser Brutalität bedarf. Es folgte die Auseinandersetzung gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (1981-1989), bei der sich auch eine breite Widerstands-“Kultur“ von örtlichen Initiativen, Politikern, Demonstranten, Musikgruppen, Wissenschaftlern usw. zusammenfand.

Gorleben soll leben – das ewige Thema des ewig strahlenden Atommülls

Ein ähnliches Bündnis entwickelte sich in Gorleben, dem Ort, der im Jahr 1977 völlig willkürlich als Standort zur Endlagerung von hochaktivem Atommüll auserkoren wurde. Auch dort entwickelte sich die Koalition von Bürgerinitiative, Bauern, Protestkämpfern, Wissenschaftlern. Der Widerstand erfolgte mit Platzbesetzungen, Zeltlagern, Liedern genauso wie mit Stellungnahmen in Anhörungen sowie der legendären Fahrt von 500 Traktoren des Gorleben-Trecks, die am 31.3.1979 in Hannover von 500.000 Menschen empfangen wurden. Die dort geplante Wiederaufbereitungsanlage wurde abgesagt, der Standort ist aber immer noch im Spiel bei der Endlagersuche. Staat und Industrie konnten jedoch dies bisher nicht voranbringen, da jeder Transport von benutzten Brennelementen in den CASTOR-Behältern blockiert wurde durch eine sehr spezielle Mischung von friedlichem Widerstand, bei dem sich Menschen selbst Bäume und Schienen anketteten und einigen, die Schienen und Strommasten zum brechen brachten. Der Widerstand gegen das von der Atomwirtschaft finanzierte Endlagerprojekt Gorleben ist noch lange nicht zu Ende. Auch

[3] Robert Jungk, Der Atomstaat –Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, 1977 sowie Alexander Roßnagel – Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit, 1983

dauert die Diskussion weiter an, wie weit man im Widerstand gehen kann in friedlicher passiver Weise und welche Aktionen gerechtfertigt werden können angesichts der immensen Gefahren der Atomkraft.

Atomkonsens – Laufzeitverlängerung - Energiewende

Im Jahr 2000 wurde der „Atomkonsens“ zwischen rot-grüner Regierung und den Atomkonzernen unterzeichnet – eine Begrenzung von Laufzeiten und Strommengen. Dies war verbunden mit der Maßgabe, dass „die Bundesregierung keine Initiative ergreifen wird, durch die die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird.“ Tatsächlich wurden der Kernenergie weitgehende steuerliche Vorteile eingeräumt. Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung wurde begrenzt. Bis heute wurden keine durchgreifenden Instrumente für Energieeffizienz geschaffen. Das UVP-Gesetz[4] wurde eingeschränkt. Es wurde die Regelung zur weitgehenden Freigabe von Atommüll aus dem Abriss in Umwelt und Gegenstände eingeführt.

Die Anti-AKW-Bewegung war durch den „Konsens“ zunächst leicht politisch gelähmt, doch ab dem Jahr 2009 wurden zahlreiche Demonstrationen durchgeführt. Immer wieder gaben CASTOR-Transporte nach Gorleben Anlass, um auf die aufgeschobene Frage der „End“-Lagerung des Atommülls aufmerksam zu machen. Immer wieder gab es große Demonstrationen gegen Atomkraft, an den AKW Standorten, in Gorleben oder an vielen Orten als die Kanzlerin Merkel, die in einem umstrittenen „Konsens“ vereinbarten Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern wollte. Im April 2010 wurde eine 120 km lange Menschenkette gebildet zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel in Norddeutschland. Im Herbst 2010 war der Schwerpunkt bei Gorleben. Und am 12. März 2011 wurde in Stuttgart demonstriert, ein Tag nach der Katastrophe von Fukushima, deren Ausmaß damals noch niemand ahnte. Die Demonstration war schon lange zuvor gegen die Politik der Kanzlerin Merkel vorbereitet worden, die eine Verlängerung der vereinbarten Laufzeiten der AKWs umsetzen wollte. Eine Woche danach folgten die ersten Beschlüsse zu Abschaltungen. Es wurde eine „Energiewende“ eingeleitet, wobei das Wort schon in den Jahren 1980 und 1986 von Wissenschaftlern des Öko-Instituts geprägt worden war, als Markenzeichen eines Wechsels hin zu Energieeinsparung, erneuerbaren Energien und kommunalen Entscheidungsstrukturen.

Umweltbewegung und die Entwicklung von Alternativen

Die Anti-Atomkraft-Bewegung war zusammen mit weiteren Bewegungen gegen Chemiefirmen der Ausgangspunkt gewesen, der heute zu einem breiten ganzheitlichen Ansatz von Umweltschutzverbänden geführt hat, bei dem Schutz von Umwelt und Natur mit einem Kampf und Eintreten für eine andere Wirtschafts- und Lebensweise. Im Jahr 1986 erfolgte nicht nur die Katastrophe von Tschernobyl, am 1. November 1986 erfolgte der immense Chemieunfall von Sandoz der den Rhein rot färbte und die Fische tötete. Am 10. Juli 1976 war die Chemiefabrik in Seveso explodiert und verband den Einsatz von Dioxin in

[4] Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung

Vietnam mit Verseuchung von Arbeitern und Bewohnern. Am 3. Dezember 1984 erfolgte der Chemieunfall in Bhopal mit bis heute nicht überwundenen Folgen und nicht entschädigten Opfern.

Aus den ersten Anfängen der Anti-AKW-Bewegung entwickelte sich auch eine Alternativ-Bewegung, die zeigen wollte, dass man nicht auf Atomkraft angewiesen ist. Um das Jahr 1985 herum wurden die ersten selbstgebauten Windkraftanlagen in Betrieb genommen, Auto-Motoren wurden umgebaut und zum Ärger der Stromunternehmen als Stromerzeuger in den eigenen Keller gesetzt. Eisentonnen wurden mit schwarzer Farbe bemalt und lieferten warmes Wasser – die ersten PV Module wurden für 20 € pro Watt (heute 0,60 €/W) angeboten. Die Windenergie hätte man lange schon entwickeln können, doch standen erst Kohle, dann Erdgas und schließlich die Atomenergie dagegen. Mit falschen und überdimensionieren Projekten wollte man zudem diese Technologie ad absurdum führen.[5]

Kommunale Energiewende

Im Jahr 1986 ließ der hessische Umweltminister Fischer ein Ausstiegsszenario mit zeitweiligem Atomersatz durch Kohlekraftwerke entwickeln und startete ein Förderprogramm für kommunale Energieagenturen. Die Stadt Frankfurt am Main gründete 1990 eine solche Agentur in Frankfurt und rief das internationale Klima-Bündnis von Kommunen ins Leben. Der Kampf gegen Atomkraft musste nun mit der Reduzierung der CO_2-Emissionen verbunden werden. Inzwischen sind in Deutschland über 400 Kommunen Mitglied, hinzu kommen dutzende Energieagenturen.

Träger der Energiewende waren zunächst die ersten noch mit Wurzeln in der Anti-AKW- und Alternativbewegung verbundenen selbstverwalteten Betriebe und Genossenschaften. Alle Jahre wieder wurden Ausstiegsszenarien entwickelt. Entscheidend war die Verbreitung auf hunderte von Kommunen und die Möglichkeit, dass alle mitmachen können. Diese Möglichkeit wurde durch das Erneuerbare Energiegesetz (2000) geschaffen, durch das Recht, Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, einzuspeisen und hierfür einen festen Tarif über 20 Jahre zu erhalten. Der größte Teil der 30%igen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird von Bürger/Innen, Beteiligungsgesellschaften und Städten getragen. In den Jahren ab 2007 bildeten sich verstärkt (von 100 auf über 1000) Energiegenossenschaften. Viele der dort Mitwirkenden der heutigen Generation 60 plus waren schon in früheren Jahren in der Anti-AKW-Bewegung dabei gewesen. Aber es kommen neue hinzu, die aus ganz verschiedenen politischen Richtungen ihre Energiezukunft im Wohnort selbst in die Hand nehmen wollen. Da sitzt der Volksbankvorstände neben Landwirten und der Steuerberaterin und die evangelische Kirche organisiert dazu Fortbildungen zur Gründung von Genossenschaften.

[5] Ein Lehrbuch Meyer, Windkraft, Meißen/Leipzig 1953 aus der DDR zeigte völlig korrekt alle Möglichkeiten der Windenergie auf, auch zum teilweisen Ersatz der dortigen Braunkohleverstromung. Das Projekt GROWIAN in den Jahren 1983-1988 mit 3 MW war auf sein Scheitern hin konzipiert.

Hilfe nach Tschernobyl

Nach der Katastrophe von Tschernobyl entwickelte sich aber nicht nur eine von Initiativen oder Kommunen getragene Entwicklung, die im Jahr 1985 entwickelte Konzeption einer kommunalen Energiewende[6] mit Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung konkret umzusetzen. Es bildete sich eine Vielfalt von Gruppen und Initiativen zur Hilfe und Solidarität vor allem für die Kinder von Tschernobyl. Der politische Wandel der damaligen Sowjetunion und ihrer Folgestaaten machten Besuche möglich - Fahrten in die Ukraine und Belarus, Erholungsaufenthalte für Kinder in Deutschland. Eine Zusammenstellung aller Gruppen in Deutschland umfasste über 500 Initiativen. Die einen kamen aus kirchlichen Gemeinden, die anderen aus der Anti-Atombewegung sowie von denjenigen die Energiealternativen entwickelten oder die nach 1986 die Radioaktivität in Lebensmitteln und Böden untersucht hatten.

Mittlerweise gibt es noch eine Reihe dieser Gruppen. Sie haben sich aber oft zusammengeschlossen und unterstützen Schwerpunktprojekte. Der Verein „Heim-Statt Tschernobyl“ hat neue Siedlungen für Umsiedler in Belarus geschaffen, zugleich eine Niedrigenergiebauweise mit Lehm, Stroh und Schilf entwickelt und einige gut laufende Windkraftanlagen errichtet. Leider immer noch die ersten ihrer Art in Belarus.

Der Verein Leben nach Tschernobyl hat gemeinsam mit mehreren Trägern der Männerarbeit der evangelischen Kirche und vielen örtlichen Gruppen der Kinderhilfe das Kinderzentrum Nadeshda für Erholung und Rehabilitation geschaffen, mit einer Kapazität von 300 Kindern. Über 60.000 Kinder waren es in den letzten 20 Jahren. Dort wurden seit Beginn die hiesigen Erfahrungen der Energiewende umgesetzt. Energie- und Wassereinsparung, Wärmedämmung, Solarwärme, Holzheizung. Inzwischen gibt es eine elektronische Kontrolle der Verbrauchswerte von Energie und Wasser. Geplant ist eine große 600 kW Photovoltaik-anlage. Dann wäre das Kinderzentrum zu 100 % mit erneuerbaren Energien versorgt.

Anti-Atomkraft-Bewegung – wie weiter mit Energiewende und Atommüll?

Man könnte nun sagen, nun schließt sich der Kreis. Die Energiewende schreitet voran nicht nur in Deutschland. Es werden immer mehr Atomkraftwerke abgestellt. Und es gibt hunderte von Städten und Landkreisen die konkrete Pläne zur Umstellung auf 100% erneuerbare Energien verfolgen. Einige haben es schon erreicht[7]. Wir haben in Deutschland dazu viele Erfahrungen, fachliche Kenntnisse. Wir haben eine Geschichte, die zeigt, wie eine Vielzahl von Menschen mit sehr unterschiedlichen Motivationen verbunden mit Toleranz ihrer Gegensätze aber einem gemeinsamen Ziel die Energiewelt verändern können. Dies ist Erfahrung und Programm zugleich, dass die Energiewende eine Bürgerenergiewende von

[6] Hennicke et al. Die Energiewende ist möglich – Für eine neue Energiepolitik der Kommunen, Frankfurt am Main 1985

[7] www.100-ee.de

unten sein muss. Dezentrale demokratisch organisierte erneuerbare Energien muss der Staat ermöglichen und fördern, aber dies kann man nicht verordnen.

Energiewende ist gefährdet

Aber der Erfolg ist gefährdet. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat einen Anteil von über 30% erreicht, 40, 50, 60% sind greifbar. Wir können nicht nur den Atomausstieg zum Jahr 2017 schaffen, sondern gleich den Ausstieg aus dem Kohlestrom bis zum Jahr 2035 nachschieben. Aber nun will die Bundesregierung diese Dynamik bremsen und stoppen. Überall wo es noch Möglichkeiten gibt, Strom selbst zu erzeugen, am Balkon, dem Dach oder im Keller der Wohnungsbaugesellschaft für ihre Mieter, dort werden Riegel vorgeschoben. Anstelle von Bürgerenergie sollen nun Ausschreibungen erfolgen, die nur kräftige Kapitalgesellschaften leiten können.

Die Atomriesen wackeln. Ihr Börsenkurs ist zu 80% gesunken. Sie haben die Energiewende erst bekämpft und dann verschlafen. Und sie haben Milliarden Euro in Investitionsabenteuer und in Kohlekraft gesetzt, als schon klar war, dass diese zum Klimaschutz abgebaut werden muss. Sie haben unzureichende Rückstellungen geschaffen für den Abriss der Atomkraftwerke und die noch weitgehend unklare Atommülllagerung.

Beim RWE sind es 12 Mrd. € Rückstellungen und der Wert des Unternehmens beträgt nur noch 6 Mrd. €. Die Milliardengewinne der vergangenen Jahrzehnte sind alle an die Aktionäre ausgeschüttet. Soll nun die Energiewende gestoppt werden. Oder sollte man lieber die Atomkonzerne pleite gehen lassen, damit der Spuk vorbei ist? Die Steuerzahler müssen es wahrscheinlich ohnehin zahlen. Vielleicht wäre es ein Signal auch für die Atombetreiber in Frankreich, in Belgien, Tschechien, Slowakei, Belarus und Großbritannien, dass Atomkraft nicht nur höchst gefährlich ist sondern sich schlicht nicht mehr lohnt.

450 Castor-Behälter lagern in unsicheren Zwischenlagern, 650 sollen noch folgen. Allerdings – obwohl eine breite Öffentlichkeitsarbeit versprochen wurde, dürften es nur wenige tausend Menschen sein, denen klar ist, welche immensen völlig ungelösten Probleme des Atommülls bestehen. Das erste Versuchsprojekt für Atommüll in Deutschland, die „Asse“ (1967-1978) erweist sich als Desaster. Man will mit immensem Aufwand schwach bis mittelaktiven Atommüll aus 500-750 m Tiefe aus 120.000 wohl zerfressenen Fässern aus dem Salzgestein herausholen. Zugleich droht das Bergwerk mit Wasser vollzulaufen. Derzeit bohrt man dort, im den Atommüll zu finden.

Die Endlagerkommission wird nach 2 Jahren Arbeit einen dicken Bericht erstellen. Es sollen Kriterien zur Lagerung hochaktiven Atommülls vorgeschlagen werden. Vielfach wird mit undefinierten Begriffen Worten jongliert, wie „Rückholbarkeit“, „Alterungsmanagement für Castoren“. Es ist von einem „Dialog auf Augenhöhe“ die Rede, während die Atomkonzerne gegen das Abschalten ihrer Reaktoren klagen und der fachlich ungeeignete und politisch verbrannte Standort Gorleben immer noch im Spiel ist. Die Diskussion müsste also erst richtig beginnen.

Zukunft – Anti-AKW-Bewegung – Energiewende

Wir sind gegenwärtig mit einer Vielfalt von Themen und Problemen befasst. Wie kann das Bremsen der erneuerbaren Energien verhindert werden? Wie bringen wir endlich Energieeffizienz voran, warum solle man Kraft-Wärme-Kopplung nicht vergessen, wo ist die Wärmewende? Sind dezentrale Konzepte besser als tausende Kilometer neuer Stromleitungen? Wie erreichen wir, dass der Abriss von Atomkraftwerken sicher erfolgt mit Öffentlichkeitsbeteiligung anstelle geheimer und geschwärzter Unterlagen? Sollen die radioaktiven Abrissmaterialien undeklariert in der Umwelt und Produkten verteilt werden? Und wie kann man eine Suche und Planung nach einem Lager für hoch strahlende Brennelemente in den nächsten 50 Jahren organisieren?

Die Erfahrungen aus nunmehr 40 Jahren Kampf gegen Atomkraft und für dauerhafte umweltfreundliche Alternativen zeigt, dass es die Vielfalt ist, dies diese Bewegung geschaffen hat, sie erhalten hat und beigetragen hat, dass sie sich immer wieder neu gebildet hat. Allerdings agieren zurzeit verschiedene Akteure vereinzelt und unkoordiniert. Einige Gewerkschaften wollen die Braunkohle erhalten, andere setzen auf Windenergie für Arbeitsplätze. Manche Stadtwerke sehen in Energiegenossenschaften Konkurrenten, andere Stadtwerke gründen sie. Einige grüne Minister unterstützen Freigabe von Atommüll und den Bau großer Stromleitungen - andere setzen auf regionale Strukturen. Und im Kampf gegen die Braunkohle wollen einige Aktivisten die Bagger besetzen, jedoch ohne Rückhalt in der lokalen Bevölkerung.

Erfolgsbedingungen

Ziel muss es daher sein, Wege zu finden, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht mehr gestoppt werden kann. Es gilt sicherzustellen, dass alle Menschen sich zur gemeinsamen Nutzung und Erzeugung von Energie zusammenschließen können. Der Präsident der Bundesnetzagentur sagte vor einigen Jahren zu mir: Die Energiewende ist weder dezentral noch kommunal, vergessen Sie das! Wir hingegen wissen, dass genau diese dezentrale demokratische Energiewelt das Konzept ist, das die immer noch herrschende große Energiewirtschaft fürchtet und bekämpft. Denn sie wissen, dass auch andere Länder dem Atomausstieg folgen werden, wenn wir gezeigt haben, dass ein Industrieland auf 100% erneuerbare Energien umgestellt werden kann. Während in anderen Ländern wie Frankreich und Belgien die Laufzeiten der Reaktoren von 40 auf 50 Jahre verlängert werden soll, gibt es dort keinen Plan für eine Energie-Transition. In Deutschland gibt es jedoch schon über eine Million Menschen, die einen Teil ihres Strombedarfs für sich und andere erzeugen und ständig werden es mehr. Und dagegen helfen auch keine Wasserwerfer und Polizeiknüppel mehr.

Unsere Stärke entspringt aus der Zusammenarbeit der Teile der Bewegung, die weiterhin klaren Widerstand gegen die Atomwirtschaft leisten, denjenigen, die die Alternativen praktisch umsetzen und denen, die die Energiewende als Gemeinschaftswerk mit Solidarität und humanitärer Hilfe für die Opfer der Atomkatastrophen verbinden.